

# **Bremische Bürgerschaft**

## **Landtag**

### **21. Wahlperiode**

#### **Anfragen in der Fragestunde der 35. Sitzung**

**Anfrage 1: Schwarzfahren entkriminalisiert – sendet der Senat das falsche Signal?**

**Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie rechtfertigt der Senat den Verzicht auf Strafanzeigen beim Schwarzfahren, obwohl die Quote der ohne Fahrschein angetroffenen Fahrgäste in Bremen zuletzt weiter gestiegen ist?
2. Warum hält der Senat an diesem Modellversuch fest, obwohl er weder eine überzeugende ordnungspolitische Wirkung noch eine nachhaltige Entlastung für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) nachweisen kann?
3. Wie viele der Forderungen konnten seit Start des Modellversuchs tatsächlich zivilrechtlich eingeklagt, durchgesetzt und vollstreckt werden im Vergleich zu den vorherigen fünf Jahren?

**Anfrage 2: Wann kommt die Freihafenzone für das ehemalige MWB-Gelände in Bremerhaven?**

**Anfrage der Abgeordneten Thorsten Raschen, Christine Schnittker, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wann wurde vom wem beim Zoll die Ausweitung der Freihafenzone auf das durch die BLG genutzte, ehemalige MWB-Gelände an der Barkhausenstraße in Bremerhaven beantragt, in welchem Bearbeitungsstadium befindet sich der Antrag, und wann ist mit einer Entscheidung beziehungsweise Umsetzung zu rechnen?
2. Welche Verfahrensdauer hält der Senat in einem solchen Fall grundsätzlich für angemessen, und inwiefern sieht er Möglichkeiten, gegenüber dem Zoll beziehungsweise dem Bundesministerium für Finanzen auf eine beschleunigte Bearbeitung des Antrags hinzuwirken?
3. Welche Auswirkungen haben der fehlende Freihafenstatus sowie die derzeitige LKW-Routenführung von und zu dem Gelände auf die Verkehrssituation in der Innenstadt von Bremerhaven, und wie bewertet der Senat diese Situation?

**Anfrage 3: Inklusion auf dem ersten Arbeitsmarkt – Anspruch und Wirklichkeit im öffentlichen Dienst Bremens**

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie hat sich die Schwerbehindertenquote gemäß § 154 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) in den vergangenen fünf Jahren bis heute im Land Bremen insgesamt sowie differenziert nach öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft entwickelt?
2. Welche Gründe erkennt der Senat für die Entwicklung im öffentlichen Dienst?
3. Welche positiven Effekte hat die gesetzliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe seit dem 1. Januar 2025 auf die Beschäftigungsquote in der Privatwirtschaft erzielt?

**Anfrage 4: Mobile Blitzeranhänger: Anzahl, Einsatzpraxis und Beitrag zur Verkehrssicherheit**

**Anfrage der Abgeordneten Kevin Lenkeit, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele sogenannte Enforcement Trailer (Blitzeranhänger) sind im Land Bremen (Stand April 2026) im Einsatz, seit wann werden diese jeweils eingesetzt, und an welchen Standorten beziehungsweise Straßenabschnitten wurden sie seit der Inbetriebnahme schwerpunktmäßig eingesetzt?
2. Welche Erfahrungen gibt es seit der Einführung der Blitzeranhänger mit deren flexiblem und längerfristig autonomen Einsatz – etwa hinsichtlich der Erreichbarkeit bisher schwer zu messender Streckenabschnitte?
3. In welcher Gesamthöhe wurden seit Inbetriebnahme der „Enforcement Trailer“ im Land Bremen Bußgelder wegen Geschwindigkeitsüberschreitungen mittels dieser Anhänger verhängt, wie viele Verstöße wurden dabei insgesamt registriert, und welche Rückschlüsse zieht der Senat aus diesen Zahlen für die Entwicklung der Verkehrssicherheit an den Einsatzorten – insbesondere mit Blick auf Geschwindigkeitsniveau und Unfallgeschehen?

**Anfrage 5: Süße Gefahr? Slush-Eis mit Glycerin als Gesundheitsrisiko für Kinder**

**Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Heike Kretschmann, Derik Eicke, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Gefährdung von Kindern im Land Bremen durch glycerinhaltige Slush-Eis-Produkte, die oft Glycerin enthalten, das laut Bundesinstitut für Risikobewertung bereits in kleinen Mengen bei Kindern Übelkeit, Erbrechen und Bewusstlosigkeit auslösen kann?
2. Hat die Bremer Lebensmittelüberwachung bereits eigene Kontrollen bei Slush-Eis durchgeführt, und wenn ja, was waren die Ergebnisse? Wenn nein, sind diese geplant?
3. Wie bewertet der Senat, dass Großbritannien und Irland bereits Warnhinweise auf glycerinhaltigen Slush-Eis-Produkten vorschreiben und die Abgabe an Kinder begrenzen, und sieht er Handlungsbedarf, sich auf Bundesebene für ähnliche Regelungen einzusetzen?

**Anfrage 6: Teilhabe nach Kassenlage? Die Kürzungspläne des Bundes und die Folgen für Bremen**

**Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Kürzungspläne des Bundes bei der Eingliederungshilfe, und sieht er darin eine direkte Gefahr für das gesetzliche Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen?
2. Verletzen diese angedachten Einschränkungen bei der persönlichen Unterstützung aus Sicht des Senats das Recht auf Selbstbestimmung, das in der UN-Behindertenrechtskonvention klar garantiert wird?
3. Wie setzt sich der Senat dafür ein, die Kürzungspläne auf Bundesebene zu stoppen, damit der Bund seiner sozialen Verantwortung gerecht wird und diese nicht allein den Ländern und Kommunen aufbürdet?

**Anfrage 7: Klassenfahrten für Alle**  
**Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Sahhanim Görgü-Philipp,**  
**Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Umsetzung der Rahmenleistungsvereinbarung zur Schulbegleitung (Mitteilung Nummer 223/2025), wonach eine monatliche Pauschale alle Kosten abgelten soll, die für Assistenzkräfte bei mehrtägigen Klassenfahrten entstehen?
2. Sind dem Senat Fälle bekannt, in denen Kinder mit Assistenzbedarf nicht an Klassenfahrten teilnehmen konnten, und falls ja, welche Ursachen für eine Nichtteilnahme gab es?
3. Wie stellt der Senat sicher, dass Kinder mit besonderem Assistenzbedarf – etwa Kinder im nicht verbalen Autismus-Spektrum oder Kinder mit Diabetes, die nachts auf Betreuung angewiesen sind – gleichberechtigt an Klassenfahrten teilnehmen können, und wer ist in solchen Fällen verbindlicher Ansprechpartner für Schulen?

**Anfrage 8: Sparen auf dem Rücken von Familien: Die Pläne des Bundes beim Unterhaltsvorschuss**  
**Anfrage der Abgeordneten Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Solveig Eschen,**  
**Dr. Emanuel Herold und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Pläne des Bundes, den Unterhaltsvorschuss einzuschränken, und sieht er darin eine direkte Gefahr für die soziale Absicherung von Alleinerziehenden und ihren Kindern in Bremen?
2. Inwiefern teilt der Senat die große Sorge, dass diese geplanten Verschärfungen durch den Bund das gemeinsame Ziel, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, massiv zurückwerfen werden?
3. Mit welchen Schritten wehrt sich der Bremer Senat auf Bundesebene gegen diese Kürzungspläne, damit der Bund seine finanzielle Verantwortung nicht einfach auf die Kommunen und die betroffenen Familien abwälzt?

**Anfrage 9: Warum will der Senat große Wohnheime für Menschen mit Behinderung?**

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie begründet der Senat die Vereinbarkeit der geplanten Änderung der Bauverordnung des Bremischen Wohn- und Betreuungsgesetzes mit den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere dem Recht auf selbstbestimmtes Wohnen?
2. Aus welchen Gründen wird die Ausweitung auf bis zu 80 Plätze verfolgt, obwohl sich der Senat im Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ausdrücklich zur Ambulantisierung von Wohnangeboten bekannt hat?
3. Wie bewertet der Senat die Kritik des Landesbehindertenbeauftragten sowie von Verbänden und Trägern, wonach die geplante Änderung menschenrechtlichen Vorgaben widerspreche und Sonderwelten entstünden, und welche Erkenntnisse liegen vor, wie sich große Wohnkomplexe auf Selbstbestimmung, Teilhabe und Integration auswirken?

**Anfrage 10: Welche Auswirkungen hat die mangelnde Einsatzbereitschaft beim SEK für die innere Sicherheit?**

**Anfrage der Abgeordneten Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 13. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie lange ist das Spezialeinsatzkommando (SEK) Bremen schon nicht mehr außerhalb der regulären Tageszeit voll einsatzbereit, und wie schätzt der Senat das Sicherheitsrisiko für Bremen ein, wenn das SEK abends nicht mehr verlässlich rufbereit ist?
2. Stimmt es, dass die Zahl der SEK-Einsätze in den vergangenen Jahren gestiegen ist und wenn ja: Wie konnte es trotz des steigenden Bedarfs dazu kommen, dass das SEK abends nicht mehr voll einsatzfähig ist?
3. Welche Maßnahmen trifft der Senat um die Einsatzbereitschaft des SEK wieder vollständig zu gewährleisten?

**Anfrage 11: Integrationskurse vor dem Aus: Was bedeutet das für Bremen und Bremerhaven?**

**Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Cindi Tuncel, Dariush Hassanpour, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 19. Mai 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Personen werden ab wann von der Kürzung der Integrationskursmittel durch die Bundesregierung betroffen sein (bitte nach Bremen und Bremerhaven und Personenkreis nach Aufenthaltsstatus differenzieren)?
2. In welcher Höhe werden Mittel in Bremen und Bremerhaven für Integrationskurse im Vergleich zum jetzigen Stand nicht mehr zur Verfügung stehen?
3. Wie viele Integrationskurse bei welchen Trägern mit wie vielen Beschäftigten/Honorar-dozent:innen werden voraussichtlich nicht mehr von Bundesmitteln finanziert werden?

**Anfrage 12: Anzahl und Bearbeitungsdauer bei Wiedereinreise von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nach Bremen**

**Anfrage der Abgeordneten Dariush Hassanpour, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke vom 3. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. In wie vielen Fällen wurden seit 2023 Anträge auf Vorabzustimmung zur Wiedereinreise und/oder Bitten um Stellungnahme durch deutsche Auslandsvertretungen zu Anträgen zur Wiedereinreise, durch das Migrationsamt oder das Bremerhavener Ordnungsamt bearbeitet, zum Beispiel, weil auf der Reise notwendige Dokumente verloren wurden?
2. Wie lange war pro Jahr jeweils die mediane wie durchschnittliche Bearbeitungsdauer und gab es signifikante Unterschiede je nachdem, aus welchen Ländern die Anträge kamen?
3. In wie vielen Fällen wurde eine Vorabzustimmung zur Wiedereinreise von Personen, die ihren gewöhnlichen und rechtmäßigen Aufenthalt in Bremen hatten, versagt?

**Anfrage 13: Überlastete Notaufnahmen im Land Bremen: Entlastung durch digitale Lotsen-Systeme?**

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 8. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche webbasierten Anwendungen zur digitalen Selbsteinschätzung von Beschwerden oder zu Wartezeiten in den Rettungsstellen existieren für Patientinnen und Patienten und können vor Aufsuchen einer Notaufnahme im Land Bremen in Anspruch genommen werden?
2. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über den Einsatz digitaler Symptom-Lotsen und digitaler Wartezeiten-Melder in der Notfallversorgung in anderen Bundesländern oder Krankenhausverbänden vor und wie bewertet er die Instrumente?
3. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, für das Land Bremen eine digitale Anwendung zur Selbsteinschätzung und Information über Wartezeiten in den Rettungsstellen zur Verfügung zu stellen, um Patientinnen und Patienten so bereits vor dem Gang in die Notaufnahme eine Orientierung zu geben, und welche Hürden werden dabei gesehen?

**Anfrage 14: Durchsetzung des Lkw-Überholverbots auf der A1-Weserbrücke**

**Anfrage der Marco Lübke, Michael Jonitz, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 9. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Erkenntnisse hat der Senat über die regelmäßige Missachtung des Lkw-Überholverbots im Baustellenbereich der A1-Weserbrücke und die daraus entstehenden Verkehrsbehinderungen sowie Gefährdungslagen?
2. Welche konkreten Kontrollmaßnahmen hat der Senat seit Einrichtung des Überholverbots veranlasst, um dessen Einhaltung sicherzustellen und wie Kontrollen finden seither jährlich statt?
3. Beabsichtigt der Senat, insbesondere mit Blick auf die bevorstehende Verlagerung der Baustelle auf die andere Fahrbahnseite, zusätzliche Maßnahmen wie mobile Kontrollen, Schwerpunktaktionen oder technische Überwachung einzusetzen, um Verkehrsfluss und Sicherheit auf dieser wichtigen Verkehrsachse zu gewährleisten?

**Anfrage 15: Dauerndes Ruherecht für im Dienst verstorbene Soldaten, Polizisten und Feuerwehrleute**

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**

**vom 9. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele in Bremen bestattete Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, die im Auslandseinsatz gefallen sind, sowie Polizistinnen und Polizisten und Feuerwehrleute, die in Ausübung ihres Dienstes ums Leben gekommen sind, sind dem Senat bekannt?
2. Welche Regelungen gelten in Bremen derzeit für die Grabstätten dieser Personengruppen, insbesondere im Hinblick auf Ruhefristen, Nutzungsrechte, mögliche Verlängerungen, Kostenübernahmen und eine Anerkennung als Ehrengrab?
3. Kann sich der Senat vorstellen, für in Ausübung ihres Dienstes verstorbene Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, Polizistinnen und Polizisten sowie Feuerwehrleute ein dauerndes Ruherecht beziehungsweise eine vergleichbare dauerhafte Ehrengrabregelung in Bremen zu schaffen, und falls nein, aus welchen Gründen?

**Anfrage 16: Müssen Menschen mit Behinderungen und Schwerkranke in Bremen für ihr Recht klagen?**

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU**

**vom 9. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Warum wurde die Beantragung des Merkzeichens aG während des laufenden Klageverfahrens noch einmal überprüft und trotz mehrfacher Absagen plötzlich positiv beschieden, wenn doch angeblich bereits alles ausreichend geprüft wurde, und welche Auswirkungen hat dieser Fall auf die zukünftige Antragsbearbeitung im Amt für Versorgung und Inklusion Bremen (AVIB)?
2. Nach welchen Vorgaben werden Ermessensspielräume vom AVIB in der Einzelfallbearbeitung genutzt, und ist die Sozialsenatorin mit den Ergebnissen in der Praxis zufrieden?
3. Werden die in der Rahmenrichtlinie zur Verwendung der Ausgleichsabgabe eingeforderten Aktenvermerke zur Anwendung und Vergleichbarkeit von genutzten Ermessensspielräumen regelhaft und nachvollziehbar vorgenommen?

**Anfrage 17: Wie oft klingelt das Jobcenter heute? – Hausbesuche in Bremen und Bremerhaven**

**Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thorsten Raschen, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 10. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie haben sich Anzahl (Vollzeitäquivalente [VZÄ]) und Qualifikation im „Fachteam Außendienst“ des Jobcenters Bremen und des „Team Außendienst“ Bremerhaven und die Anzahl der versuchten Hausbesuche pro Fall in Bremen und Bremerhaven seit dem Jahr 2023 entwickelt?
2. Inwiefern werden die Ergebnisse von Hausbesuchen durch die beiden Jobcenter Bremen und Bremerhaven seit 2024 dokumentiert, und welche Erkenntnisse gibt es zum Beispiel über die Wirkung von Hausbesuchen auf eine mögliche Integration in Arbeit?
3. Wie haben sich die Einsparungen, die durch Hausbesuche beider Jobcenter (bitte getrennt angeben) erzielt wurden seit 2022 entwickelt, und inwiefern ist eine Ausweitung der Hausbesuche geplant?

**Anfrage 18: Sollten Pflichtverletzungen im Bürgergeld stärker sanktioniert werden?**

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 15. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern teilt der Senat die Auffassung, dass die Inanspruchnahme von Bürgergeld mit einer verbindlichen Mitwirkungspflicht verbunden sein sollte, und hält er die derzeitigen Sanktionsmöglichkeiten und Ressourcen im Jobcenter für ausreichend, um Mitwirkungspflichten wirksam durchzusetzen?
2. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat für das Land Bremen über die Wirksamkeit von Sanktionen bei Pflichtverletzungen, beispielsweise im Hinblick auf die Aufnahme einer Beschäftigung, die Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen und die Einhaltung von Mitwirkungspflichten, vor?
3. Wie bewertet der Senat die Forderung, Sanktionen bei Pflichtverletzungen nach § 31a Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) zu verschärfen, und welche Auswirkungen erwartet er bei strengeren Sanktionen?

**Anfrage 19: Fordern statt fördern: Wie gelingt der Systemwechsel im Jobcenter?**

**Anfrage der Abgeordneten Ole Humpich, Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 15. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Inwiefern sieht der Senat angesichts der aktuellen Jobcenter-Debatte die Notwendigkeit, die bestehenden Förderkriterien sowie die Kontroll- und Prüfmechanismen zur Verhinderung von Leistungsmissbrauch im Bürgergeld zu überprüfen und weiterzuentwickeln?
2. Mit welchen Maßnahmen könnte die Vermittlungsarbeit der Jobcenter nach Ansicht des Senats stärker auf die nachhaltige Integration in Beschäftigung ausgerichtet und Fehlanreize im Bürgergeldsystem abgebaut werden?
3. Wie bewertet der Senat die Auswirkungen der aktuellen Debatte über das Bürgergeld und die Arbeit der Jobcenter auf die Beschäftigten, und welche Rückmeldungen haben Geschäftsführung und Personalvertretungen dazu erhalten?

**Anfrage 20: Welchen Stand hat die Digitalisierung der Personalverwaltung im Land Bremen?**

**Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP vom 17. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welchen Stand hat die Digitalisierung der Personalverwaltung im Land Bremen hinsichtlich der elektronischen Erfassung und Auswertung versorgungsrelevanter Daten?
2. Welche Maßnahmen verfolgt der Senat, um Beamtinnen und Beamten zu ermöglichen, ihre bisherigen ruhegehaltfähigen Dienstzeiten, sowie Auskünfte über die späteren Pensionsansprüche online einzusehen, und mit welcher Begründung werden diese Maßnahmen ergriffen?
3. Wie bewertet der Senat den Nutzen digitaler Versorgungsauskünfte für die Transparenz der Beamtenversorgung, vor allem im Hinblick auf teilzeitarbeitende Beamtinnen und Beamten?

**Anfrage 21: Welche Landes-Statistiken können weg?**

**Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU vom 17. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche verzichtbaren landesrechtlichen Statistikpflichten hat der Senat auf Basis seines Eckwertebeschlusses für die Haushalte 2026/2027 sowie des Positionspapiers des Transformationsrates (Unterarbeitsgruppe Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung) vom 23. Juni 2025 identifiziert?
2. Welche dieser landesrechtlichen Berichtspflichten hat er seitdem abgeschafft beziehungsweise wird er bis wann abschaffen?
3. Welche Adressaten werden dadurch in welchem Umfang entlastet?

**Anfrage 22: Welche Schriftformerfordernisse können weg?  
Anfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger, Simon Zeimke, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU  
vom 17. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Welche verzichtbaren Schriftformerfordernisse in Gesetzen, Verordnungen und verwaltungsinternen Regelungen hat der Senat auf Basis des Positionspapiers des Transformationsrates (Unterarbeitsgruppe Bürokratieabbau und Planungsbeschleunigung) vom 23. Juni 2025 identifiziert?
2. Welche dieser Schriftformerfordernisse hat er seitdem abgeschafft und durch digitale Verfahren ersetzt beziehungsweise wird er bis wann abschaffen und durch digitale Verfahren ersetzen?
3. Welche Adressaten werden dadurch in welchem Umfang entlastet?

**Anfrage 23: Once-Only: Wann bricht der Senat Bovenschulte seine Datensilos auf?  
Anfrage der Abgeordneten Simon Zeimke, Theresa Gröninger, Dr. Wiebke Winter und Fraktion der CDU  
vom 17. Juni 2026**

Wir fragen den Senat:

1. Wie ist der Sachstand bei der Erarbeitung eines Datenkonzepts zur Umsetzung des Once-Only-Prinzips für die Bremer Verwaltung, wann soll dieses vorliegen, und was soll dieses im Wesentlichen beinhalten?
2. Durch welche konkreten Regelungen und Maßnahmen will der Senat die behördenübergreifende Nutzung von Daten ermöglichen und den Zustand bislang abgeschlossener Datensilos einzelner Behörden, Dienststellen, Register und Fachverfahren überwinden?
3. Durch welche konkreten Regelungen und Maßnahmen und in welchen Einsatzfeldern will der Senat den Einsatz welcher integrierten KI-Fachanwendungen ermöglichen?